

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Spaltung in Frankreich?

Renaudel will Minister werden - Eine ungewöhnliche Aktion - Drei Sozialdemokraten bledern sich Herriot an

Ein ungewöhnlicher und möglicherweise sehr folgenreicher Vorfall ereignete sich in Frankreich. Dort begaben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Renaudel, Frossard und Prot zu dem Führer der Radikalsozialisten, Herriot, dessen offizielle Betrauung mit der Kabinettsbildung bevorsteht, und erklärten dem künftigen Ministerpräsidenten, daß sie in aller Form von der Kampfansage, die Paul Faure, der Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei, an Herriot wiederholt gerichtet hat, abrücken und daß nach ihrer Meinung unbedingt eine Zusammenarbeit zwischen Radikalsozialen und Sozialisten zustande kommen müsse.

Ob diese drei Abgeordneten aus eigenem Entschluß oder im Auftrag von Instanzen gehandelt haben, steht im Augenblick noch nicht

fest. In jedem Falle ist der Vorgang derart ungewöhnlich, daß er unmöglich ohne Folgen bleiben kann. Denn entweder Renaudel und seine beiden Begleiter waren zu dem Schritt von der Partei legitimiert, dann würde dies bedeuten, daß die eigentlichen Parteiführer Paul Faure und Leo Baugotte überstimmt worden sind, oder aber die drei Abgeordneten brachten damit die Meinung einer Minderheit zum Ausdruck, was eine offene Kampfansage an die Partei ist. Dies um so mehr, als die französische Partei des Seine-Gebietes noch unlängst bestimmte Bedingungen für einen Regierungseintritt formuliert hatte, denen Herriot sich nach allen seinen neueren Erklärungen niemals zu unterwerfen gedenkt.

Wie dem sei: der Vorgang ist ein Beweis für die großen Spannungen, die heute wieder in der Sozialdemokratie Frankreichs bestehen. Der Reformist Renaudel will unter allen Umständen den Ministerialismus fortsetzen — eventuell auch gegen den Mehrheitswillen —, und es ist nicht ohne Ironie, daß hierbei sein bester Sekundant derselbe Frossard ist, der, wie kein zweiter, die Verantwortung für die auf dem Parteitag von Tours vollzogene Parteispaltung hat. Frossard ging damals zu den Kommunisten, kehrte aber bald reuig zu den Sozialdemokraten zurück und bildet dort heute zusammen mit Renaudel den rechten Flügel.

Daß die französische Partei in der Tat in einer schweren Krise stehen muß wird übrigens auch durch die Tatsache bestätigt, daß das Organ der Partei — ebenso wie der „Vorwärts“ — den Schritt der drei Abgeordneten mit keinem Wort erwähnt. Tatsache ist auch, daß man in Frankreich schon seit einiger Zeit mit der Möglichkeit einer Parteispaltung rechnet.

Kabinetts Brüning vor dem Sturz?

General Hasse — Reichswehrminister? — Kommt ein Kabinetts Geßler?

b. j. Berlin, 26. Mai 1932.

Die Lage der Regierung Brüning wird nun auch von ihren treuesten Helfern für ernstlich gefährdet angesehen. Das „Berliner Tageblatt“ gibt in einer Tonart, deren Nervosität unverkennbar ist, Beklemmungen diplomatischer Kreise wieder. Tatsächlich deutet der Umstand, daß Brüning nicht zum Präsidenten nach Neudeck berufen wurde, daß hingegen der Staatssekretär Meißner seit zwei Tagen dort weilte, darauf hin, daß die Stellung Brünings bei Hindenburg schwer erschüttert ist. Nachdem der Kanzler seit dem Schluß der Reichstagstagung darauf verzichtet hat, sein Kabinetts neu aufzufüllen und es solcher Art wenigstens wieder aktionsfähig zu machen, wird nunmehr die vor dem Beginn der Lausanner Konferenz unaufschiebbar gewordene Neubildung der Reichsregierung unter gänzlich veränderten Vorzeichen vor sich gehen müssen.

Für das Reichswehrministerium wird nun in erster Linie der Oberbefehlshaber der Gruppe I (Berlin) des Reichsheeres, der General der Infanterie Otto Hasse, genannt. Hasse ist an sich der älteste Offizier der Reichswehr. Der General von Hammerstein wurde bei seiner letzten Beförderung mit einem älteren Patent versehen. Hasse ist drei Jahre lang, von 1922 bis 1924, als Chef des Truppenamts und Leiter der Heeresabteilung der direkte Vorgesetzte des damaligen Majors und Oberleutnants von Schleicher gewesen. Er ist erstmals hervorgetreten, als er im April 1922 als Mitglied der deutschen Delegation für die Konferenz von Rapallo den Vertrag von Rapallo zusammen mit Christian Rakowski zeichnete.

Geßler wird heute auch als möglicher Nachfolger Brünings als Reichskanzler an der Spitze einer halbparlamentarischen Regierung bezeichnet. Diese Kandidatur ist äußerst ernst zu nehmen. Sollte sich — wider alles Erwarten — aber eine Möglichkeit zur Beibehaltung der Regierung Brünings ergeben, so dürfte Geßler an Stelle Groeners, über dessen endgültiges Ausscheiden aus allen Ämtern kein Zweifel mehr ist, das Innenministerium übernehmen.

Es spricht aber viel mehr dafür, daß Brünings Stellung verloren ist. Die Reichsregierung wird in ihrer nächsten Erscheinungsform den unaufhaltsamen Zug nach rechts deutlich symbolisieren.

Nach der Provokation: Für sofortige Bildung des Arbeiterblocks!

Kurze Erholungspause!

Koalitionsverhandlungen Zentrum — Nazi vorübergehend vertagt

Wie die Telegraphenunion meldet, ist die für gestern ursprünglich vorgesehene erste Fühlungsprobe zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum verschoben worden. Sie versichert aber, die Verhandlungen würden bald wieder aufgenommen werden, nur „den gegenwärtigen Augenblick nach der Saalschlacht im Landtag hält man nicht für sehr geeignet“.

Diese kurze Vertagung ihrer harten Arbeit durfte man den vorgestern so sehr überanstrengten Rollkommandos wirklich gewähren. Um so mehr als sie doch erst während ihrer gereizten Nerven in Ordnung zu bringen haben, und am allermeisten, da das auf das verfassungsmäßig funktionierende Staatsleben so gewissenhaft achtende Zentrum in der Germania den Herren Fememördern und Rollkommandeuren ein so glänzendes Zeugnis ausgestellt hat wie dies: „daß die Nationalsozialisten den parlamentarischen Brauch konsequenter innegehalten haben als die Sozialdemokraten!“

Die Kirche und ihre Partei haben sich nie geschaut, mit den jeweils Mächtigen gegen die jeweils Schwächeren im Bunde vorzugehen. Warum sollte es diesmal anders sein!

Die griechische Kabinettskrise. Der Staatspräsident Zaimis hat den Republikaner Papastassias mit der Regierungsbildung betraut.

Was nun?

Die Regierungsparteien und ihre Presse versuchen die Bedeutung der nationalsozialistischen Terroraktion im preußischen Landtag herabzusetzen. Die Presse des Monopolkapitals und die Nazipresse führen eine aufgeregte Entlastungsoffensive zur Vertuschung des provokatorischen wohl vorbereiteten Ueberfalls und zur Abwälzung der Schuld auf die Opfer des Ueberfalls, auf die Kommunisten. Die sozialdemokratische Führung wäscht ihre Hände in Unschuld. „Jene haben zwar provoziert, aber diese losgeschlagen.“

Ein wahres Trommelfeuer von Erklärungen, Entstellungen und Verschleierungen des blutigen Vorfalles und seiner Konsequenz hat eingesetzt.

Aber dennoch: Hätte es gestern nicht die zuverlässige Polizei, die Ueberfallkommandos und die Flitzer gegeben, auch jetzt noch, wo die Arbeiterklasse durch die Spaltung geschwächt, durch die Methoden des Bruderkampfes zurückgestoßen und von der Auswirkung schwerer jahrelanger Niederlagen im politischen Kampfe bereits widerstandsunfähig geworden ist, — gestern hätten die erbitterten Arbeiter die nationalsozialistischen Anhänger überall zu Paaren getrieben.

Von der Anteilnahme mit den Opfern des Ueberfalls bewegt, von der gemeinsamen Gefahr, deren ganze Größe wiederum an einem Ereignis erkenntlich wurde, ergriffen, war gestern jeder klassenbewußte Arbeiter. Jedoch spontane Protestkundgebungen auf den Straßen wurden von der Polizei im Keime erstickt, in den Betrieben sorgt die Gefahr des Verlustes des Arbeitsplatzes dafür, daß bis jetzt eine wirksame Protestbewegung noch in den ersten Anfängen steht. Und die notwendige gemeinsame Aktion der Klasse, droht auch diesmal noch auszubleiben!

Aber die Lage würde sich sofort heute noch ändern, wenn nicht zwei Kräfte die antifaschistische Aktion verhinderten. Besser gesagt, zwei schwere Krankheiten, die es zu überwinden gilt, wenn die Arbeiterklasse siegen soll. Das ultralinke Sektierertum und der Reformismus in den Reihen des Proletariats! Für das Vorhandensein dieser Krankheiten hat der gestrige Tag neue schwerere Symptome aufgezeigt.

In der Sozialdemokratischen Partei, wo die eine heimisch ist, hat alles, was bisher geschehen ist, die Tolerierungsbereitschaft, den ohnmächtigen tiefeingefressenen Nur-Parlamentarismus nicht beseitigen können. In dem Communiqué, das die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages nach der Niederschlagung der Kommunisten angenommen hat, wird nicht etwa der faschistische Ueberfall angeprangert, nicht seine ganze Bedeutung in dieser zum Platzen angespannten Atmosphäre aufgezeigt, wo sich in der faschistischen Bürgerkriegs- und Kriegspartei die dunklen Kräfte sammeln, die auf den Weg der Katastrophe drängen. Nein, ganz allgemein verurteilt die Landtagsfraktion die „brutalen Rohheitsexzesse“, deren Opfer eine Reihe ihrer eigenen Mitglieder und besonders der schwerverwundete Genosse Jürgen sen geworden ist. Und dieser Pontius Pilatus-Spruch der Preußenfraktion kommt zu dem ungeheuerlichen Schluß, daß „Kommunisten und Nationalsozialisten in gleichem Maße an den blutigen Zusammenstößen Schuld tragen... Die Nationalsozialisten durch planmäßige Pro-

So häuften die Nazis



Der preußische Landtag nach der Saalschlacht.

aktionen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schläges". . . So protestieren denn die Helden der Preußenfraktion, die von den Schütz und Heildorf ausgerissen sind wie die Löwen, und die die Kommunisten im Stich ließen, auf schärfste gegen die Raufboldmanieren der extremen Parteien und fordern unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volkvertreter. Ein frommer Wunsch! Die Helden werden noch die unbedingte Freiheit und Gewaltlosigkeit fordern, wenn sie, wie es in den Ankündigungen der faschistischen Hetzer versprochen wurde, an den Laternen baumeln. Ganz ungeheuerlich ist, daß der Hindenburg-Heilmann geradezu das Stichwort für die Entlastungsaktion der Nazibanden gab, als er schon im Ältestenrat sofort nach der Sitzung die Beschuldigung aufgriff, die den Kommunisten den berühmten „ersten Schlag“ geführt zu haben, vorwirft. In unserem Tatsachenbericht stellen wir die Vorgänge im Landtag dar, wie sie sich ereignet haben. Aber darum handelt es sich gar nicht, wer den ersten Schlag geführt hat! Darum handelt es sich vielmehr, zu erkennen, daß hier eine wohlorganisierte Provokation vorlag, die nur das vorläufige Endglied eines Kampfes ist, für den Fememord, Ueberfall, Streikbruch, Strafexpedition und Terror gegen die Arbeiter nur Selbstverständlichkeiten sind. Darum handelt es sich, daß hier Vertreter einer Partei losschlugen, deren Ziel es ist, die Arbeiterorganisationen, die reformistische ebenso wie die revolutionäre, auszurotten. Deshalb ist es zugleich selbstmörderische Politik für Leute wie den Herrn Heilmann selbst, wenn sie sich so verhalten, wie sie es diesmal wieder getan.

Auf der anderen Seite die andere Krankheit. Als Opfer des faschistischen Ueberfalls sind den kommunistischen Abgeordneten die Sympathie und die Solidarität aller klassenbewußten Arbeiter sicher. Aber auch heute, und gerade heute, ist es aufs neue nötig, eindringlich festzustellen, was wir festzustellen nicht müde werden, daß sie selbst, allerdings in einem ganz anderen Sinne als die faschistenfreundliche Presseheute es wahr haben will, die Mitverantwortung an der eigenen Niederlage tragen, die sich als schwere Niederlage der Arbeiterklasse auswirken muß. Wenn das Echo der Strafexpedition der Nazibande im Landtag ihre Schuld feststellt, und dieses Echo auch Arbeiter verwirren kann, so zeigt das eine gefährliche Isolierung der KPD. Mögen die Kommunisten selbst sich damit befriedigen, ihre Isolierung aus der Uebermacht des Klassengegners, aus der feigen Politik der sozialdemokratischen Führung und aus dem konzentrierten Angriff des um den faschistischen Kern sich vereinigenden Antifaschismus gegen sie, die „einzigste“ revolutionäre Partei erklären! Uns bedrückt diese Erklärung nicht. Sie erscheint uns vielmehr abgeleitet nach dem Muster des Satzes, daß die Armut von der Povertheit komme.

Auch nach dem Alarm der Preußenwahl-niederlage hat die KPD nicht die Lehren gezogen. Noch in den allerletzten Tagen blieb es bei dem Versuche, einige krasse Sektiererdummheiten zu korrigieren, bei verwirrenden Halbheiten.

Und heute?

Nach dem Ueberfall im Landtag wendet sich das Zentralkomitee der Partei in einem neuen Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse. Es ruft zur antifaschistischen Aktion, fordert auf, durch Streiks der Betriebsarbeiter, Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der gesamten Arbeiterklasse, dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen.

Er wendet sich an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, an die proletarischen Reichsbannerkameraden und fordert sie auf, in allen Organisationen und Verbänden und Ortskartellen die Teilnahme an der antifaschistischen Aktion zu beschließen. An dem Tage, sagt der Aufruf, „an dem die Massen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter die rote Einheitsfront mit den Kommunisten schließen, werden. . . sie die Kampffront der Arbeiterklasse unüberwindlich machen.“

Aber in gleichem Atemzuge werden die gleichen sozialdemokratischen, die freigewerkschaftlichen Arbeiter und die Reichsbannerkameraden aufgefordert, sich nicht durch ihre „verräterischen Führer“ abhalten zu lassen. Das ist der hysterische Verräterschrei, der 1919 in den isolierten Kämpfen der Lichtenberger Arbeiter zu ihrer Niedermetzung führte, weil er sie von den anderen Arbeitern trennte.

Das ist der Verräterruf, der immer wieder, im März 1921 in Mitteldeutschland und dann 1923 und dann in all den Kämpfen der Defensive seither, immer wieder die kommunistischen Arbeiter von den sozialdemokratischen trennte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wären längst Kommunisten, wenn sie nicht noch zu ihren Organisationen stünden. Um sie zum unerlässlichen ersten Schritt zur Einheitsfront zu bringen, muß man ihren Organisationen eine gemeinsame Kampf-front vorschlagen, muß man sich nicht nur an die Mitglieder, muß sich heute auch an deren Führer wenden! Und wenn darunter auch alle die sind, die zehnmal in den Reihen der Konterrevolution gestanden haben und auch gestern wieder im Landtag

Eine planmäßig durchgeführte Aktion

Die Vorgänge im preußischen Landtag

Von allen Seiten liegen jetzt Darstellungen der blutigen Provokation der Nationalsozialisten im Landtag vor. Zweierlei ist dabei festzustellen. So sehr die Parteien in ihren Berichten in Einzelheiten auseinandergehen, so geht doch für den unvoreingenommenen Leser unzweifelhaft hervor, daß es sich um eine

planmäßig vorbereitete und organisierte Aktion feiger Nazis handelte.

Ebenso klar aber nimmt die übergroße Zahl der Zeitungen eindeutig gegen die Opfer des Ueberfalls, gegen die Kommunisten, Stellung. Nach unseren Informationen hat sich der Vorgang selbst folgendermaßen abgespielt: Kaum hatten die Nationalsozialisten die Wahl ihres Präsidenten durchgesetzt, da änderte sich plötzlich auch ihr demonstrativ gesittet parlamentarisches Benehmen. Der Abgeordnete Freisler-Kassel hielt eine provokatorische Rede zur Begründung des Naziantrags über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Rechtspflege in Preußen, obgleich die Fraktion der Nazis im Ältestenrat sich verpflichtet hatte, diesen Antrag nicht einzubringen. Zum Vorwand nahm dieser Freisler ein angeblich neu eingegangenes Telegramm, wonach im Hückeswagener Prozeß gegen nationalsozialistische Mörder und Totschläger — Männer in Notwehr, wie das die Nazis nennen — harte Strafen beantragt worden waren. Seine provokatorische Rede führte zur fieberhaften Erhitzung der Atmosphäre nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den Sozialdemokraten und dem Zentrum. Zuerst antwortete der Sozialdemokrat Heilmann und dann der Kommunist Wilhelm Pieck, der nicht zu den Heißspornen der Fraktion gehört, sondern einer der alten Mitarbeiter noch aus der Zeit Liebknechts und Luxemburgs. Pieck zeigte an krassen Beispielen auf, daß die Nazis keinen Anlaß hätten, die Parteilichkeit des Gerichts gegen sie festzustellen. Umgekehrt sei es, Kommunisten und Reichsbannerarbeiter wurden zehnmal so hoch bestraft, wie Naziprovokateure und Totschläger.

Schon hier brüllte der Nazichor: „Noch nicht genug.“ Als Pieck darauf nach dem Stenogramm ruhig antwortete: „Ja, Sie da drüben, Ihre Partei hat den ständigen Mord revolutionärer Arbeiter eingeführt“, entstand ein neues Gebrüll, auf das Pieck den Nazis rief: „In Ihren Reihen sitzen zahlreiche Arbeitermörder“. Da drängten die Nationalsozialisten vor, die offenkundig hier angelegte Sprengung begann mit den Rufen: Raus, holt doch den Hund herunter.

Unter Führung des Kurfürstendammsgrafen Heildorf und des Fememörders Schulz drangen die Nazis auf die Rednertribüne ein. Kommunisten stellten sich vor den Redner Pieck, um ihn zu schützen. Auch der Bericht des „Vorwärts“ muß im Hinblick auf die Kommunisten zugeben: „Soweit war ihr Verhalten durch die Situation gerechtfertigt.“

Um so ungeheuerlicher ist es, daß auch der Vorwärts und besonders die sozialdemokratische Landtagsfraktion zur Entlastungs-offensive für die Mörderpartei beiträgt, indem erklärt wird: „Die Schuld an den (nun einsetzenden blutigen Zusammenstößen) tragen im gleichen Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Die Nationalsozialisten durch planmäßige Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schläges.“

In Wirklichkeit hat sich, was jetzt folgte, so abgespielt, daß der Naziabgeordnete Hink-

das traurigste Bild abgegeben haben. Es gibt auch heute keinen anderen Weg!

Nur wenn er beschränkt wird, wird die Isolierung durchbrochen. Nur dann gibt es einen Weg, der zu dem Verteidigungsblock aller Arbeiterorganisationen führt, der die einzige Rettung ist vor dem Untergang.

Der Aufruf sagt: „Erkennt, daß allein die kommunistische Partei an der Spitze des antifaschistischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse steht und für alle Forderungen kämpft.“

Man muß dem ZK der Kommunistischen Partei antworten: Erkennt ihr endlich, daß ihr isoliert einen Kampf führen wollt, der zur Niederlage verurteilt ist, der nicht nur zu Blutopfern der Kommunisten führt, sondern durch ihre Niederlagen auch die Klasse mit in das Verhängnis hineinreißt.

Sofortige gemeinsame Kundgebungen aller Arbeiterorganisationen, die gemeinsame Vorbereitung der Abwehraktion, die gemeinsame Vorbereitung des politischen Massenstreiks, gemeinsame Aufnahme des Kampfes für ein antifaschistisches Kampfprogramm der Klasse ist das Gebot der Stunde.

ler das Signal zum Ueberfall gab, indem er dem kommunistischen Abgeordneten Frenzel einen Hieb in die Magengegend versetzte, der daraufhin zurückschlug.

Jetzt setzte der bestialische Ueberfall ein.

Mit vielfacher Uebermacht warfen sich die Naziabgeordneten auf die Kommunisten, warfen die gefüllten schweren Wasserkaraffen, Tintenfässer, Pulteile und Stuhlbeine, die durch eine ganze Gruppe zum Losprüngen verteilt wurden, auf die Kommunisten.

Wie planmäßig der Ueberfall vorbereitet war, geht daraus hervor, daß eine Abteilung der Nazis nach der geübten Methode der Versammlungssprengung die Kommunistengruppe umging und ihr in den Rücken fiel. Mit allen erreichbaren Gegenständen, unter einem ungeheuerlichen Geheul, wurden nun die Kommunisten buchstäblich niedergelockert. Da nur ein Teil ihrer Fraktion anwesend war und die Nationalsozialisten, die den Ueberfall vorbereitet hatten, mit fast 162 Mann geschlossen vorgingen, gelang es ihnen in kurzer Zeit, die aus vielen Wunden blutenden, zum Teil schwer verletzten, zum Teil bewußtlos niedergeschlagenen kommunistischen Abgeordneten aus dem Saal zu drängen. „Der Angriff“ rühmt sich der Tatsache, daß die Verwundeten der KPD so zahlreich sind, daß ihre Anzahl von Außenstehenden nicht genau überschauen werden kann. Schätzungsweise dürften es 20—25 sein!

Bei dem Beginn des Zusammenstoßes verließen die anderen Fraktionen, darunter auch die sozialdemokratischen Abgeordneten größtenteils fluchtartig den Saal. Wäre die SPD-Fraktion nicht ausgerissen, sondern hätte sie sich auch nur dazwischengeworfen oder, was in diesem Falle ihre selbstverständliche Solidaritätspflicht war, die von den Fememördern und Kapitalknechten angegriffenen Kommunisten verteidigt, so wäre der Angriff der Nazis entweder sofort erstickt oder erfolgreich abgeschlagen worden. Einige ganz unbeteiligte sozialdemokratische Abgeordnete, wie z. B. der Geschäftsführer der Fraktion, Jürgensen, wurden dennoch schwer verletzt. Jürgensen wurde die Wange aufgerissen und durch einen schweren Schlag mit einem Sessel eine Gehirnerschütterung zugefügt, so daß er bewußtlos hinaus-

getragen und ins Spital übergeführt werden mußte.

Das ist der wirkliche Vorgang. Eine Bestätigung der planmäßigen Provokation ergibt sich auch daraus, daß zuozugang zu gleicher Stunde im Danziger Volkstag die dortige Naziaktion den sozialdemokratischen Redner Schattner überfiel, der nur durch das Zugreifen anderer Abgeordneter und Volkstagsbeamter vor dem Schicksal der Kommunisten in Berlin bewahrt bleiben konnte.

*

Dieser Tatsachenverlauf wird aber nur von wenigen Zeitungen objektiv wiedergegeben. Die deutsche nationale, die gesamte schwerindustrielle Ausbeuterpresse, vermag kaum die sadistische Lust zu unterdrücken über die „Prügel“, die die Kommunisten bezogen haben, zu frohlocken. Ein Blatt wie die Berliner Börsenzeitung, in dem die Reichswahrgeneräle schreiben und das von den Banken ausgehalten wird, wagt zu schreiben, daß „die kommunistischen Provokateure den derben Denksattel, den sie erhielten, durchaus verdient haben.“ Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Stahltrusts und der Reichsbahn, versichert ebenso heuchlerisch wie einfüßig „der Ausbruch der Nazis war sicher nicht, wie manche Anzeichen vielleicht vermuten lassen könnten, organisiert.“ Bei allem Bedauern mit den Opfern müsse man das Warten einer gewissen „ausgleichenden Gerechtigkeit“ anerkennen! Sie nennt ganz im Tone des abgebauten Leutnants, der jetzt in die Redaktionen der Schwerindustrie übergesiedelt ist, wo er nicht in den Betrieb als Betriebspilot gegen die Arbeiter Beschäftigung findet, einen, der mit Grzesinski verhandeln wollte und den die Nazis im Landtag an die Luft beförderten, einen „Zivilisten“! Die ganze Börsenpresse, obwohl sie nicht so provokatorisch für die Fememörder und Judenprogrammleiter Stellung nimmt, unterstreicht, „aus Gründen der Gerechtigkeit“, wie sehr sich die Nationalsozialisten hätten Disziplin auferlegen müssen.

Und die „Germania“, die führende Berliner Zentrumzeitung der Brüningpartei, bringt es fertig, den Nationalsozialisten zu attestieren, daß sie „den parlamentarischen Brauch konsequenter inngehalten haben als die Sozialdemokraten!“

Diese ungeheuerliche Stellungnahme der bürgerlichen Presse wäre unmöglich, wenn sich die KPD durch politische Fehler nicht so weit isoliert hätte als es der Fall ist. Darüber sprechen wir an anderer Stelle. Hier muß eindeutig festgestellt werden, daß der Chor der bürgerlichen Presse in Deutschland übereinstimmend auch diesmal wieder den Standpunkt vertritt: Der Ermordete, nicht der Mörder ist schuld!

Pastor Cremers Bezüge

15 000 Mark Autospesen im Jahr

B. S. Im Devaheim-Prozeß beschäftigte man sich heute weiter mit den Bezügen und Entnahmen des Angeklagten Pastor D. Cremer. Der Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungszentrale, einer Vermittlungsgesellschaft für Sterbegeldversicherungen, Schlunk bestätigte, daß der Angeklagte Pastor D. Cremer als Vorsitzender dieser Einrichtung

ein jährliches Gehalt von 6000 und eine Aufwandsentschädigung von 4000 Mark erhielt. An Autospesen und für die Anschaffung von Wagen seien in 2½ Jahren 60 000 Mark gezahlt worden.

Vors.: „Wie groß war eigentlich das Vermögen der Evangelischen Versicherungszentrale?“

Zeuge: „Das ist nicht genau zu sagen, da gegenwärtig ein Streit mit dem Steuerfiskus besteht wegen der Frage der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft, die vom Finanzamt bestritten wird. Im ungünstigsten Falle beträgt das Vermögen 1,2 Millionen, der Streitbetrag wegen der Steuer macht 1,6 Millionen Mark aus.“

Die Verhandlung gestaltete sich dann recht interessant, als der Beisitzer Landgerichtsrat Simon dem Angeklagten Pastor D. Cremer vorhielt, daß er außer seinen regelmäßigen Bezügen und Autospesen noch in der Zeit vom September 1929 bis Februar 1931 insgesamt 16 900 Mark aus den Mitteln der Versicherungszentrale entnommen habe, es handle sich dabei um Beträge, die in der Anklage noch nicht enthalten seien. Die Verteidiger des Angeklagten D. Cremer protestierten dagegen, daß man diese Punkte, die der Aufmerksamkeit der Anklage entgangen seien, jetzt zum Gegenstand der Verhandlung mache, so daß es über diese Frage eine recht lebhaft Auseinandersetzung gab. Das Gericht beschloß schließlich nach kurzer Beratung, die diesbezüglichen Fragen an Pastor Cremer zuzulassen, allerdings sollten diese Tatbestände keine Grundlage für die Urteilsfällung bilden, sondern nur zur Illustration dienen. Aus der Kontroverse zwischen Verteidigung und Staats-

anwaltschaftsrat Dr. Eichholz war zu entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten Claußen noch eine Nachtragsanklage erheben wird.

Als nächster Zeuge wurde der Direktor der Wohlfahrtsabteilung des Centralausschusses für Innere Mission, Pfarrer D. Steinweg, gehört.

Vors.: „In Ihrer Abteilung sind mehrere Geheimkonten von Pastor D. Cremer angelegt worden. War Ihnen das bekannt?“

Zeuge: „Daß es auf Anordnung von Dr. Cremer geschah, habe ich erst vor einem Jahr erfahren. Das Bestehen der Konten selbst wußte ich schon 1924/25.“ — Der Zeuge erklärte weiter, daß die dafür benutzten Mittel aus Geldern stammten, die das Reichsarbeitsministerium für Wohlfahrtszwecke gegeben hatte.

Vors.: „Durfte Pastor Cremer über diese Beträge verfügen?“

Zeuge: „Ja, er mußte es aber mit dem Präsidenten Geheimrat Seeberg besprechen.“

Vors.: „Durfte er sich aus dem Geheimkonto ein Auto kaufen?“

Zeuge: „Natürlich nicht.“

Vors.: „Durfte er die Erlöse für die von ihm verkauften Automobile wieder ohne weiteres für andere Autospesen verwenden?“

Zeuge: „Nein, das durfte er nicht.“

Vors.: Wenn das eine Auto mit 10 000 Mark bereits von der Hilfskasse bezahlt wurde, mußte er dann die 10 000 der Versicherungszentrale wieder zurückgeben, oder durfte er damit machen, was er wollte?“

Zeuge: „Das durfte er natürlich nicht.“

Vors.: „Pastor D. Cremer hat in einem Jahr 15 000 Mark Autospesen gemacht. Sie waren ja gegen den Ankauf des Wagens und meinten, daß man eine Taxe nehmen könnte. Wieviel haben Sie denn im Jahre mit Taxi verfahren?“

Zeuge: „1200 Mark. Ich hätte die Anschaffung eines Autos aber nicht für Luxus gehalten, da wir für unsere Arbeit unbedingt einen Wagen brauchten.“

Überflüssige Ausgaben

Während heute im Zeichen allgemeinen Notstandes von Reich, Staat und Kommunen alle Ausgaben für Kulturbedürfnisse, Schulen und Hygiene rücksichtslos gedrosselt werden, kann man immer noch beobachten, daß die Kirchenbauten wie Pilze aus der Erde schießen. Die Kirche stützt sich bei der Begründung der angeblichen Notwendigkeit dieser Bauten auf das Argument, daß in Zeiten sozialer Nöte gerade die Religion als

letzter Rettungsanker dem Volke erhalten bleiben muß, und daß heute unter der Herrschaft der Rationalisierung auf allen Gebieten der Kirchenbesuch der Bevölkerung durch Errichtung neuer Kirchen erleichtert werden müsse. Wie verfehlt diese Argumentation ist, geht aus der nachstehenden Kirchenbesucher-Zählung aus dem Jahre 1931 hervor, die von der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände vorgenommen wurde:

Landesgebiet:	Anzahl der Orte	Einwohner	Kirchen:	Einwohner per Kirche:	Besucher:	Durchschnitt per Kirche:	Prozent d. Einw.
Wasserkante-Hamburg	38	2 283 644	226	10 105	29 703	131,4	1,3
Brandenburg-Berlin	113	5 351 097	619	8 646	120 462	194,5	2,27
Thüringen	97	4 82 659	182	2 652	11 217	61,6	2,32
Provinz Sachsen	85	933 522	287	3 253	23 583	82,1	2,54
Sachsen	408	2 003 730	584	3 431	56 958	97,5	2,84
Braunschweig	50	337 650	114	2 962	10 015	87,8	2,96
Provinz Hannover	27	677 053	159	4 260	25 760	162,0	3,8
Provinz Pommern	36	686 440	189	3 632	27 144	143,6	3,95
Bayern	7	492 840	54	9 126	21 315	394,7	4,3
Provinz Schlesien	323	1 980 098	365	5 428	104 285	285,7	5,26
Provinz Westfalen	55	1 488 417	362	4 112	85 939	237,4	5,77
Provinz Ostpreußen	35	914 020	170	5 377	58 929	346,6	6,44
Rheinland-Hessen	69	867 862	332	2 614	70 607	212,9	8,13
Pfalz-Württemberg	88	937 266	212	4 440	109 470	516,3	11,67
Summa:	1431	19 436 298	3855	—	756 387	—	—

Von den gezählten Orten kommen im Gesamtdurchschnitt auf eine Kirche 5041 Einwohner, auf eine Kirche 196 Besucher, auf 19 436 298 Einwohner 756 387 Besucher — 3,88 Prozent.

Bei den Besuchern überwiegt das mittlere Alter, Männer und Frauen halten sich ziemlich die Waage. In vielen Orten ist ausnahmsweise starker Besuch gewesen, weil Totenfeiern, Konfirmationen und dergleichen stattgefunden haben, oder sich Pastoren verabschiedeten oder vorgestellt wurden.

In Orten bis 3600 Einwohnern ist der Gottesdienst ausgefallen, weil nur eine Person

da war. Mehrfach wurden bei 1000 bis 3000 Einwohnern nur 10 bis 13 Personen gezählt.

Das Ergebnis dieser einwandfreien Zählungen spricht der Politik der Kirchenbauten das Todesurteil. Es beweist aber auch, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung mit der kirchlichen Ideologie vollständig gebrochen hat, und daß die Phrase der kirchlichen Kreise von der erdrückenden Mehrheit der Kirchenanhängerschaft deplaciert ist. Diese Kirchenbesucherzählung legt ferner eindeutig klar, daß die Ausnahmegesetzgebung gegen die Freidenker eine Repressalie gegen die Volksmehrheit und ein Liebesdienst für die Kulturreaktion ist.

Grober Unfug

Durch eine ganze Anzahl deutscher Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß der 18jährige Karnau aus Achim in Hannover in einem 3-Minuten-Diktat eine Geschwindigkeit von 520 Silben in der Minute erreicht habe.

Anscheinend ist diese Notiz geflissentlich von Vertretern der Deutschen Einheitskurzschrift lanciert worden, und die näheren Umstände dieses „Weltrekords“ sind alles andere als vertrauenswürdig. Denn dieser „Weltrekord“ — wir wollen einmal bei dieser Phantastik bleiben — ist ohne behördliche Kontrolle, nur gelegentlich eines Uebungs Schreibens, aufgestellt worden. Außerdem erstreckte sich das Diktat auf eine Zeit von 3 1/2 Minuten. Warum, weiß keine Menschenseele.

Unter 5 Minuten Diktat abzunehmen, ist grober Unfug. Noch größer ist aber der Unfug, eine unter solchen Umständen zustandekommene Arbeit als „Weltrekord“ zu bezeichnen. Von seiten der Einheitskurzschrift wird selber zugegeben, daß Karnau ein glän-

zendes Gedächtnis habe. Es handelte sich also bei diesem Weltrekord weniger um eine Prüfung auf Schreibgeschwindigkeit, sondern um wortgetreue Wiedergabe, unterstützt durch schriftliche Skizzierung, eine Leistung, die auch andere befähigte Kurzschriftler fertig bringen, wenn man auf solche Art „Rekorde“ schaffen wollte.

Daß solche blöden Märchen nun einer nichtsahnenden Leserschaft vorgesetzt werden, ist ein Betrug, den sich keine Stenographenschule leisten sollte. Aber man will Dumme fangen, ihnen glaubhaft machen, daß jeder Trottel gerade mit diesem System imstande sei, 400-Silbensreiber zu werden. Wir haben unneren Standpunkt gegenüber solchen „Rekordeleistungen“ mehrfach klar herausgestellt: Wetschreiben mögen als sportliche Wettkämpfe betrachtet und gewertet werden (es sind ja schon allen Ernstes Wetschreibstaffelkämpfe vorgeschlagen worden!), die Anforderungen der Praxis aber sind tausendfältig und nicht durch bloßen Wetschreibdrill zu bewältigen.

Proletarischer und bürgerlicher Film

Von Franz Simon

Es soll hier nicht gesprochen werden von dem Unterschied, der sich in der Regiekunst dem bürgerlichen und dem proletarischen Film offenbart. Hierüber ist schon viel geschrieben worden, und jeder, der einen Russenfilm gesehen hat, hat festgestellt, daß die natürliche, ungekünstelte Art dieser Filme weit über dem Niveau der verfeinerten und „kultivierten“ Filme aus Ländern bürgerlicher Herrschaft steht.

Wir wollen hier hinweisen auf den großen Unterschied in der Auswahl der Handlung, die in den Filmen dargestellt wird. In diesen Tagen brachte ein bürgerliches Blatt einen Bericht über den diesjährigen Plan der Filmproduktion der Sowjetunion. Danach werden gedreht werden u. a. ein Tonfilm, der die Umwandlung des Menschen im bolschewistischen Staat zeigt, ein weiterer mit dem Titel „Für euch wird sich Arbeit finden“ und einer unter dem Titel „Das Dampfschiff“, der die Probleme des zweiten Fünfjahresplanes behandelt. Stellen wir dem z. B. das nächste Programm der Ufa gegenüber. Es befinden sich in Vorbereitung: „Ein blonder Traum“, „Das schöne Abenteuer“ und „Schuß im Morgengrauen“.

Hier wird deutlich, welche ungeheure Rolle Theater und Film zum Nutzen der Gesellschaft spielen können, wenn das Proletariat die Herrschaft über sie ausübt. Dann wird die Kunst Mittel zum Zweck, erhält dadurch die wahre Daseinsberechtigung und zugleich den stärksten Auftrieb. Wie anders in einer kapitalistischen Gesellschaft. Hier wird jene Kunst, die der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird, aus-

geübt und gestützt lediglich aus Profitinteressen. Hier werden Filme gedreht, an denen möglichst niemand Anstoß nehmen soll und die möglichst viel Geld in die Kassen bringen. Erfolg: Wir bekommen verfilmte Liebesromane und Detektivgeschichten zu sehen.

Der Bund revolutionärer bildender Künstler ist jetzt mit seiner 5. Ausstellung an die Öffentlichkeit getreten, in der er vier junge proletarische Künstler zu Worte kommen läßt.

Nach den ausgestellten Arbeiten zu schließen, ist Horst Stempel wohl das stärkste, selbständigste, von Epigontum freieste Talent. Schüler von dem verdienten Otto Mueller an der Breslauer Akademie und Karl Hofer an der Berliner Staatsschule, versucht Stempel, „den Menschen, nicht seine „Maske“ zu malen“. Seine Werke halten dieses Versprechen. Von suggestiver Wirkung sind etwa die in satten Farben gemalten „Demonstration“ und „Näherinnen“. Originell in der Idee und ausgezeichnet in der Ausführung die „Fürsorge“.

Starke Anklänge an George Grosz weisen die satirischen Arbeiten von Aleus Erbach auf. Etwa den „Tiergartenritt“ und den Ausschnitt aus dem Vorortzug hätte Grosz gezeichnet haben können. Nicht ganz froh wird man, bei aller technischen Perfektion, der Bilder

Fleischvergiftungen in Düsseldorf

Wie der Pressedienst der Stadt Düsseldorf mitteilt, wurde am Montag der städtischen Polizeiverwaltung Mitteilung gemacht, daß verschiedene Personen nach dem Genuß von Hackfleisch erkrankt seien. Durch die bakteriologische Untersuchung wurden als Krankheitsursache Fleischvergiftungsbakterien festgestellt. Bei einer Reihe von Metzgern, soweit diese durch die Vernehmung der Großfleischer festgestellt wurden, wurde das ganze vorhandene Fleisch sofort beschlagnahmt und sichergestellt. Insgesamt sind etwa 25 Personen als krank gemeldet worden. Die Erkrankungen sind bisher ohne ernstliche Folgen verlaufen. Die Ermittlungen sind von der städtischen Polizei in Verbindung mit der zuständigen staatlichen Dienststelle durchgeführt worden. Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor, da aller Wahrscheinlichkeit nach das ganze noch vorhandene Fleisch durch die Polizeiverwaltung sichergestellt und aus dem Verkehr gezogen worden ist. Es handelt sich um infiziertes Fleisch eines Rindes, das in Angermund notgeschlachtet und beim Hiesigen

Schlacht- und Viehhof eingeführt, eingehend untersucht und alsdann als vollwertig freigegeben worden war.

Mysteriöse Hilferufe

Der Dampfer „Europa“ horte am Mittwoch um 17.10 Uhr SOS-Rufe, die er als Hilferufe eines Katapult-Flugzeuges zu erkennen glaubte, das zwei Stunden zuvor aufgetaucht war. „Stutenweib“ und ein 2. Motor liefen zur Hilfeleistung aus. Um 23.45 Uhr landete das Flugzeug jedoch planmäßig und wohlbehalten in Boston. Zur allgemeinen Überraschung erklärte Flugkapitän Blankenburg, der Führer der Junkers W 33, daß seine Maschine seit dem 700 Seemeilen vor Boston erfolgten Start von Bord des Dampfers keinen Augenblick in Seenot gewesen sei und deshalb auch nicht um Hilfe gefunkt habe. Infolgedessen müssen die SOS-Rufe, die die „Europa“ aufgefangen hat, entweder von einem anderen Flugzeug oder von einem in Seenot befindlichen Schiff stammen, und die Bordfunkstation muß aus irgendwelchen Gründen das Rufzeichen mit dem des Katapultflugzeuges verwechselt haben. Bisher konnte nicht aufgeklärt werden, woher nun eigentlich die mysteriösen Hilferufe stammen.

Was blasen die Trompeten?



Damit der alt-preußische Geist des großen Franzosenfreundes Friedrichs II. in der Reichswehr der Republik nicht eintrocknet, blasen die Potsdamer Residenz-Regimentsmusiker auf alt-preußischen Fanfaren zum Streit, die Kesselpauke hämmert frie-

oder sind diese und andere Uebungen unserer kostspieligen Reichswehr etwa nur kindliche Spielereien? Dann wären sie auch fürs Kapital verteuert teuer bezahlt!

Künstler im Klassenkampf

Berlin, im Mai 1932.

Der Bund revolutionärer bildender Künstler ist jetzt mit seiner 5. Ausstellung an die Öffentlichkeit getreten, in der er vier junge proletarische Künstler zu Worte kommen läßt.

Nach den ausgestellten Arbeiten zu schließen, ist Horst Stempel wohl das stärkste, selbständigste, von Epigontum freieste Talent. Schüler von dem verdienten Otto Mueller an der Breslauer Akademie und Karl Hofer an der Berliner Staatsschule, versucht Stempel, „den Menschen, nicht seine „Maske“ zu malen“. Seine Werke halten dieses Versprechen. Von suggestiver Wirkung sind etwa die in satten Farben gemalten „Demonstration“ und „Näherinnen“. Originell in der Idee und ausgezeichnet in der Ausführung die „Fürsorge“.

Starke Anklänge an George Grosz weisen die satirischen Arbeiten von Aleus Erbach auf. Etwa den „Tiergartenritt“ und den Ausschnitt aus dem Vorortzug hätte Grosz gezeichnet haben können. Nicht ganz froh wird man, bei aller technischen Perfektion, der Bilder

Das Ideal des bürgerlichen Kunstfreundes heißt: Die Kunst um der Kunst willen. Die Wahrheit lautet: Die Kunst um des Profites willen. (Aehnlich in der Wirtschaft: Freier Wettbewerb, damit der Beste sich bewähren kann, und in Wirklichkeit: wer kein Geld hat, ist minderwertig und wird auch nie Gelegenheit haben, welches zu erwerben.)

Mit dem Sturz der bürgerlichen Gesellschaft werden wir Theater und Film vom Profitinteresse befreien und für die Kunst erobern.

sich nach dem wenigen, von diesen beiden Künstlern Gezeigten kein abschließendes Urteil bilden kann.

Die Ausstellung, als Ganzes betrachtet, ist nur ein Anfang, ein Versuch, aber ein erfreulicher und vielversprechender. Die Kunst spielt im Klassenkampf eine ungeheure Rolle. Das weiß niemand besser als die Bourgeoisie, die diese von ihr erkannte Gefahr durch Unterdrückung proletarischer Künstler und Verbote ihrer Werke zu bannen sucht.

Die Ausstellung findet statt im Graphischen Block, Enckestr. 4. Sie ist täglich geöffnet von 16—22 Uhr. H. Duckstein.

Kleines Feuilleton

Radioaktive Strahlen zur Verbesserung der Akustik!

Prof. Nippoldt vom Erdmagnetischen Institut in Potsdam hat gemeinsam mit dem bekannten Wünschelrutengänger Schuld einen erfolgreichen Versuch durchgeführt, die bekannt schlechte Akustik in der Potsdamer Nicolai-Kirche durch den Einbau von radioaktiven Strahlern im Innern der Kirche zu verbessern. Die zur Kontrolle anwesenden Sachverständigen stellten eine zweifellose, ganz erhebliche Verbesserung der Akustik fest. Der technische Vorgang ist der folgende: an den Stellen, an denen eine bessere Leitung der Schallwellen notwendig ist, wird dies durch Strahlung, eine Abschwächung dagegen an den durch Echowirkung belästigten Punkten durch Entstrahlung bewirkt.

Wer sich schützt zur rechten Zeit, bleibt bewahrt vor Angst und Leid.
Nimm *Fremmsaft* gegen Infektion!

Nürnberg

Die Bedeutung der russischen Revolution lautete das Thema zum Wochenendkursus des SAV Nürnberg, für den der Genosse Fritz Rück als Referent gewonnen wurde. Ausgehend von einer kurzen Betrachtung des zaristischen Rußlands, wurden die Revolutionen von 1905 und 1917 behandelt. Die Kämpfe der Oktoberrevolution und die verschiedenen Perioden des weiteren Kampfes um den Aufbau des Sozialismus waren weiter Stoff der Untersuchungen des Kurses. Der Fünfjahrplan in seiner Ergänzung durch den zweiten Plan zeigen die gewaltigen Anstrengungen und Leistungen Rußlands auf wirtschaftlichem Gebiet. Eine Untersuchung der Politik der Kommunistischen Internationale bildete den Abschluß des Kurses, der jeden Teilnehmer befriedigte und Anregung zu weiterer Arbeit gab.

Karlsruhe

Rote Einheitsfront und KPD. In der letzten Zeit konnte man in den kommunistischen Zeitungen vielfach lesen: „Wir Kommunisten sind bereit, mit allen Arbeiterorganisationen zu kämpfen, in denen sich Arbeiter befinden.“ Was aber tut die KPD in Baden-Pfalz? Sie schließt Arbeiter aus ihren Ueberorganisationen aus, die versuchen, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale bis zum 4. Weltkongreß durchzuführen oder gegen die Sektirbestrebungen und ultralinken Tendenzen anzukämpfen. So erging es im Unterbezirk Karlsruhe mehreren in der Arbeiterklasse längere Jahre ehrlich kämpfenden Arbeitern. Von Demokratie und Zentralismus ist in der KPD keine Spur mehr. Ausschlüsse werden vorgenommen, und die Betroffenen werden nur durch die Ausschlußbekanntmachungen in der Zeitung benachrichtigt. Daß das Auswirkungen haben muß, ist zu verstehen, da die Genossen, die ausgeschlossen wurden, durch ihre langjährige Arbeit bei den Erwerbslosen und in den Betrieben über großen Einfluß verfügen. So konnte man in 8 Tagen 40 Austritte aus der KPD in Karlsruhe feststellen. In Scharen verlassen die ehrlichen Arbeiter die Partei des Stalin-Bürokratismus. Von Gewerkschaftsarbeit ist bei der KPD in Baden-Pfalz überhaupt nichts zu sehen. Hier in Karlsruhe besteht eine sogenannte RGO, ihre Mitgliederzahl ist aber nur gering. Man hat den einzelnen Parteimitgliedern die Möglichkeit gegeben, aus den Gewerkschaften auszutreten, und dadurch die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit restlos zerschlagen, wodurch den Führern der reformistischen Gewerkschaften ein leichtes Spiel gegeben worden ist, Lohnkämpfen mehr denn je auszuweichen. Ähnlich sieht auch die Arbeit der KPD auf dem Rathause aus. Vor etwa 14 Tagen stellte die SPD im Stadtrat den Antrag, dem ADGB die Festhalle für die Erwerbslosen unentgeltlich zu geben. Die KPD, vertreten durch ihre Stadträte, stimmte gemeinsam mit den Nazis gegen den Antrag. Im Badischen Landtag reichte die kommunistische Landtagsfraktion den Antrag ein, das Reichsbanner auch zu verbieten, mit der Begründung, daß das Reichsbanner eine arbeitfeindliche Organisation sei. Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihr noch in der KPD seid, seht ihr nicht, wohin diese Politik der Stalin-Bürokratie hinführt? Macht Schluß mit diesen ultralinken Tendenzen, kämpft mit der SAP für die Schaffung einer großen, breiten Einheitsfront gegen Reaktion und Faschismus!

Kassel

Streik als Kampfmittel. In öffentlicher Versammlung mit etwa 100 Teilnehmern, einberufen vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund, referierte Genosse Eckerlin über dieses Thema. Nach ausführlichem, geschichtlichem Rückblick erhob er die Forderung, daß die freien Gewerkschaften wieder kämpfen und auch den Streik als Kampfmittel wieder benutzen sollen. Den RGO- und FAUD-Genossen rief er zu, ihre Organisationen zu liquidieren und die revolutionären Kräfte in den großen, freien Gewerkschaften zu stärken. Die Diskussion ergab aber, daß diese Gruppen wenig Neigung dazu haben und sich scheinbar lieber im gegenseitigen Bruderkampf verblenden wollen. Aber auch die Führung der freien Gewerkschaften ist nicht unschuldig an diesem Bruderkampf und trägt durch ihren Satzungsbruch in bezug auf parteipolitische Neutralität (SPD-Propaganda), ihre wirtschaftsfriedliche Einstellung und ihr eigenartiges Verhalten in Punkte Einigungsverhandlungen mit Schwarzen und Gelben eine

SAP

Bezirk Westfalen-Süd

Sonntag, 29. Mai, 10 Uhr, in Witten, Lokal Röthemeyer, Ardeystraße 104, Konferenz der Vorsitzenden aller Ortsgruppen, Ortsvereine und Unterbezirke des Bezirks.

Tagesordnung:

1. Die Preußenwahlen und unsere Weiterarbeit;
a) politisch, Referent: Genosse Decker;
b) organisatorisch, Referent: Genosse Schnur.
2. Presse und Pressewerbung;
Referent: Genosse Lohoff.
3. Die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Preußenwahlen;
Referent: Genosse Rosenfeld-Berlin.
4. Verschiedenes.

Keine Ortsgruppe darf fehlen. Wenn der Vorsitzende einer Ortsgruppe verhindert sein sollte, muß ein anderes Vorstandsmitglied erscheinen. Die Bezirksleitung.

A1

Der Fall Kienle

Frankfurt a. M., 26. Mai 1932.

Daß der § 218 eine Geißel für die Menschheit ist, ist wohl allen Proletariern klar. Er macht nicht nur die Frauen zu einem Spielball des Gesetzes — nur ungefähr vier Prozent derjenigen, die sich gegen ihn vergehen, kommen zur Anzeige, und das sind fast ausschließlich Proletarierinnen —, sondern er ist zu einem guten Teil auch schuld an dem Elend, das in fast allen Proletarierfamilien herrscht. Die große Familie des Proletariats — ein Akademikerhospiz hat durchschnittlich zwei bis drei Kinder, ein Proletarierhospiz dagegen sechs Kinder — ist eine Folge des noch heute bestehenden mittelalterlichen Abtreibungsparagraphen. Nicht nur wegen der Strafbarkeit, sondern auch wegen der schweren gesundheitlichen Schädigungen, die namentlich bei einer Abtreibung durch Kurfischer fast immer eintreten, tragen die Frauen lieber ein Kind aus, auch wenn sie wissen, daß sie keine Möglichkeit haben, es satt zu machen.

Die Gegner des Abtreibungsparagraphen sind durchaus nicht für ungehemmte Abtreibung, sondern für vernünftige Geburtenregelung. Solange der Staat nicht die Möglichkeit gibt, jedes neu entstehende Leben auch groß zu ziehen, und zwar unter menschenwürdigen Verhältnissen, solange hat er kein Recht, uneingeschränkt Geburten zu verlangen.

Gegen Frau Dr. Else Kienle schwebt der Stuttgarter Prozeß. Sie hat abgetrieben. Das gibt sie zu. Aber sie hat nur abgetrieben, wo der kranke, verhungerte Körper der Frau eine weitere Geburt nicht ausgehalten hätte. Unser heutiges Strafgesetzbuch hat wenig Verständnis dafür. Wenn nicht unmittelbare Gefahr für das Leben der Mutter besteht, verlangt es die Austragung.

Jetzt beschuldigt man Frau Dr. Kienle sogar der fahrlässigen Tötung, weil ein Mädchen, bei dem die Frühgeburt bereits von anderer Seite aus eingeleitet war und dem sie am 18. März eine Tamponade gemacht hat, am 28. März Bauchfellentzündung bekommen hat, an der sie am 11. April gestorben ist. Jeder Mediziner und fast jeder Laie weiß, daß

meist überspitzte, unnötig gehässige, allen Einigungsbestrebungen hohnsprechende Kampfesweise gegen linksgerichtete Arbeitergruppen ein gerüttelt volles Maß Schuld an diesem Zustand. Dieser Mißstand kann nur geändert werden, wenn wir die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront des politischen Arbeiterblocks auch auf die wirtschaftlichen Organisationen ausdehnen. FAUD, RGO und freie Gewerkschaften müssen den Bruderkampf einstellen und sich zu gemeinsamen Aktionen gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen. Diese Gedanken wurden unter Beifall der Versammlung von einem SAP-Genossen vorgetragen. Auch die zahlreichen Diskussionsredner von KPD, FAUD und ISK trugen wesentlich dazu bei, diese Veranstaltung fruchtbar zu gestalten. Den z. Zt. streikenden Fürsorgearbeitern bekundete die Versammlung Sympathie und Solidarität.

Lübeck

Eine erfolgreiche Versammlung. Nachdem vor zwei Wochen der Genosse Arthur Busch, Hamburg, in einer erweiterten Mitglieder-versammlung in Lübeck über die politische Situation und unsere Aufgaben gesprochen hatte, fand am Montag in Moisling eine öffentliche Versammlung mit Otto Jakobsen statt, der durch seine klare Art des Vortrags den stürmischen Beifall der Versammlung auf seiner Seite hatte. Ein KPD-Genosse bemühte sich, sachlich einige Argumente gegen unsere Stellungnahme ins Feld zu führen. Zum Schluß wurde eine einstimmige Protestresolution gegen den unerhörten Wohlfahrtsabbau angenommen. — Bemerkenswert wurde noch, daß die SPD wieder feige kniff und uns auch unser früheres Lokal abgetrieben hatte.

Stralsund

Die Elternratswahlen werfen ihre Schatten bereits voraus. Die verschiedenen Schulen in unserer Stadt haben bereits die ersten Elternversammlungen einberufen. Es ist Pflicht der Genossen, soweit sie schulpflichtige Kinder haben, sich an diesen Versammlungen zu beteiligen und unsere Interessen zu wahren. Wir dürfen den sogenannten „unpolitischen“ christlichen und bürgerlichen Listen den Einfluß nicht allein überlassen, sondern für die Abstellung der vielen Mängel arbeiten, denn die Arbeiterkinder besuchen in den allermeisten Fällen die Volksschule bis zur Entlassung.

Dänische Arbeiter-Fußballer kommen in den ersten Tagen des Monats Juni nach hier und werden gegen hiesige Genossen Spiele austragen. Diese Veranstaltung wird für die Arbeiterschaft wieder ein besonderer Markstein in der Arbeitersportbewegung sein. Es ist das erstmal, daß dänische Genossen nach hier kommen. Diese ausländische Mannschaft soll anschließend auch noch Spiele in Greifswald und Lassan austragen.

Um die Verkehrsunfälle zu verhüten, hat die Straßenbahngesellschaft auf Anordnung der Ortspolizeibehörde an den beiden gefährlichen Stellen Signalanlagen angebracht. Ecke Alter Markt-Knieperstraße und Ecke Ossenerer Straße-Apollonienmarkt sind je eine Verkehrsampel mit rotem Sperrlicht „Straßenbahn kommt!“ in Funktion getreten. Hoffentlich werden die vielen Verkehrsunfälle nun ganz vermieden, mindestens aber doch möglichst stark herabgemindert. Die Einwohnerschaft wird diese Einrichtung freudig begrüßen.

eine Bauchfellentzündung, die auf eine Infektion zurückzuführen ist, nicht erst am 28. ausbricht, wenn diese Infektion bereits am 18. stattgefunden hat. Die Krankheit hätte bis zum 20. ausbrechen müssen. Da sie aber so spät kam, liegt die Infektion bestimmt zwischen dem 23. — dem Tage des Fruchtabgangs — und dem 28. März. Wahrscheinlich hat sich das Mädchen mit einem schmutzigen Schwamm gewaschen, oder es hat Zeitungspapier benutzt, was schon genügen kann.

Nach Frau Dr. Kienles Ansicht wäre der Tod des Mädchens zu vermeiden gewesen, wenn man sie rechtzeitig gerufen hätte. Warum man das nicht getan hat, ist unbekannt.

Von nationalsozialistischer Seite wird Frau Dr. Kienle zum Vorwurf gemacht, daß sie 70 Mark für eine Tamponade verlangt hätte. Das ist eine Entstellung der Tatsachen. Sie hat zwar 70 Mark verlangt und widerstandslos erhalten, aber nicht für eine Tamponade, sondern für zwei Tamponaden und die gesamte Nachbehandlung, zu der sie mehrmals nach Egelsbach bei Darmstadt hätte fahren müssen, wenn sie gerufen worden wäre. Hätte der Freund des Mädchens sich später wieder gemeldet, hätte er anstandslos wieder einen Teil des Geldes zurückbekommen, da die Nachbehandlung ja weggefallen ist. Außerdem ist dazu zu bemerken, daß von bürgerlichen Ärzten für eine Tamponade bis zu 200 Mark verlangt werden.

Das Verfahren wegen dieses Falles kommt wahrscheinlich gar nicht bis zur Anklageerhebung; aber selbstverständlich wird es ausgenutzt, um von den Befürwortern des § 218 Propaganda gegen eine Ärztin zu machen, die ihnen durch ihre soziale Einstellung ein Dorn im Auge ist.

Ueber all die Probleme, die mit der sexuellen Not der Frau und mit dem § 218 in Verbindung stehen, wird Frau Dr. Else Kienle Freitag, 26. Mai, in Frankfurt im Keglerheim, Bergerstraße, in einer öffentlichen Versammlung der SAP sprechen. Anschließend freie Aussprache.

Durch Arbeitslosigkeit in den Tod. Die Hausangestellte Liesbeth Gierke aus dem Ortsteil Devin-Stralsund ging freiwillig in den Tod. Durch die Arbeitslosigkeit ist sie schwermütig geworden und hat den Mut verloren, den Kampf weiter zu führen.

Greifswald

Die Möbelfabrik in Flammen. Die hiesige Möbelfabrik stand in Flammen. Die Feuerwehr griff sofort mit mehreren Löschzügen ein und konnte nach einigen Stunden die Gefahr beseitigen. Das Feuer soll durch den Leimofen entstanden sein. Der Gebäude- und Mobiliarschaden ist recht erheblich.

Breege

Nazi-Methoden gegen Wohlfahrtsarbeiter. Eine Anzahl Arbeiter aus dem Ortsteil Drevoldke-Breege sind Wohlfahrtsempfänger und leisten darum Arbeit für die Gemeinde. Vor einigen Tagen wurde ihnen nun plötzlich erklärt, daß sie keine Unterstützung mehr bekommen, weil sie die Arbeit „verweigert“ hätten. Der Gutspächter Peters erklärte den Arbeitern, daß sie bei ihm arbeiten könnten, wenn sie sich verpflichten, die gegen ihn angestregte Klage zurückzunehmen, selbstverständlich unter täglicher Kündigung. Die unerhörte Zumutung lehnten die Arbeiter ab. Obwohl die Arbeiter vom Kreis-Wohlfahrtsamt des Kreises Rügen in Bergen die Nachricht erhalten haben, daß die Unterstützung ausgezahlt werden müsse, erklärte der zuständige Gemeindevorsteher, daß er kein Geld habe und auch gar nicht daran denke, Unterstützung auszusuchen, da auch die Wohlfahrtskommission die Zahlung abgelehnt hätte. So erging es den Arbeitern, wenn sie Anhänger des „Dritten Reiches“ ausgeliefert werden. Hoffentlich wird der sozialdemokratische Landrat des Kreises Rügen hier mit aller Schärfe durchgreifen und den nationalsozialistischen Kräftegruppen klarmachen, daß den Arbeitern ihre wenigen Rechte noch zu gewahren sind und daß die Naziwillkür völlig unterbunden wird. Den Gemeindevorsteher sollte man schleunigst ins „Dritte Reich“ befördern. Hoffentlich lernen die Landarbeiter aber auch aus diesem Vorfalle, daß sie sich in die Front der klassenbewußten Arbeiterschaft einreihen müssen, wenn sie nicht ganz unter den Schlitten kommen wollen. Im Landarbeiterverband müssen sie für eine andere Gewerkschaftspolitik kämpfen, damit die große Einheitsfront aller Arbeiter in Stadt und Land zustande kommt.

Burg b. M.

Die Stadtverordnetenversammlung revidierte einen irrtümlich auch von der KPD angenommenen Beschluß, wonach der zukünftige Stadtrat Volljurist sein sollte. Nunmehr braucht er nur kommunalpolitische Kenntnisse zu haben. Das drohende Gespenst der neuen Notverordnungen zwang die SPD im Stadtparlament, Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu stellen.

Herrn Häntzscha weiße Weste! Im Kampf um den Stahlhelm-Volksentscheid 1931 gab es in Burg erhitzte Gemüter. Herr Gebhardt, der bürgerliche Fraktionsführer im Stadtparlament, zeigte sich sehr besorgt um die verfassungsmäßige Wahlfreiheit der Staatsbürger. Auf ganz harmlosem Wege waren damals der SPD die Bürger der Stadt bekannt geworden, die sich einen Stimmschein ausstellen ließen. Als einen Tag vor der Wahl einige der Namen auf einem Flugblatt

SAP

Bezirk Mittelddeutschland

Sonntag, 29. Mai, 9 Uhr, im „Volkspark“, Halle a. S., Burgstraße,

Bezirksparteitag.

1. Die politische Lage und Ergebnisse unseres Reichsparteitages;
Referent: Max Seydewitz-Berlin.
 2. Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung;
Referent: E. Heyen.
 3. Bezirksstatut, Wahlen, Verschiedenes.
- Der Bezirksvorstand
i. A.: Agricola, Heyen.

bekanntgegeben wurden, fühlte sich Herr Gebhardt in seinem Element. Er bombardierte den Oberbürgermeister, ja, er warf ihm sogar Verletzung des Wahlgeheimnisses vor! Heute allerdings ist Herr Gebhardt kurier; denn er weiß, daß es keine Verletzung des Wahlgeheimnisses war. Es entwickelte sich damals auf Monate hinaus ein wütender Streit zwischen SPD und Bürgerlichen. Funktionärsitzungen, Versammlungen, falsch verstandene Telefongespräche, vermanschte Stadtratsitzungen, schärfster Zeitungs- und Flugblätterkrieg waren die Folge. Man beleidigte sich gegenseitig, bis schließlich Gebhardt die Sache zu bunt wurde: er ließ zum Kadl. Die Führer der SPD fochten damals einen Kampf, der alle Arbeiter begehorte. Ja, als die Bürgerlichen einen Vermittlungsvorschlag machten, scheiterte dieser am starken Willen der SPD. Jeder glaubte, die Führer der SPD wären im Recht. Ein Flugblatt hatte der damalige Vorsitzende der SPD, Häntzsch, verantwortlich gezeichnet, ohne selbst Verfasser zu sein. Nachdem nun die Angelegenheit im Laufe der Zeit eingeschlafen war, ließ unlängst die Klage vor dem Amtsgericht. Auf diese Weise erfuhr die Arbeiterschaft, wie sehr man sie damals beschwindelt hatte. Häntzsch, sehr tapfer, erklärte selbst, er sei nicht der Verfasser, sondern er hätte nur verantwortlich gezeichnet. Wir glauben ihm; denn der eigentliche Drahtzieher sitzt in einem anderen Büro. Er nahm alle scharfen Ausdrücke gegen Gebhardt zurück und erklärte, diese seien wirklich zu scharf und entsprächen nicht der Wahrheit. Was uns daran interessiert, ist folgendes: Die SPD bekennt, daß sie geschwindelt hat. Und doch hat sie damals in jeder Funktionärsversammlung behauptet, sie sei im Recht. Ja, man hatte auch die Funktionäre aufgepuscht. Und nun das Ergebnis? Wir glauben, die Angelegenheit wird noch viel Staub aufwirbeln, denn nicht alle SPD-Funktionäre werden sich ein solches Verhalten gefallen lassen. Für heute nur das eine: Wer jetzt noch nicht genug hat, dem ist nicht zu helfen!

Deltzsch

Verbot einer Sportveranstaltung. Die Deltzscher Arbeiterradfahrer planten anläßlich ihres Stiftungsfestes am nächsten Sonntag einen Umzug durch die Stadt und sportliche Vorführungen auf dem Markt. Der Umzug wurde ganz verboten, die Marktveranstaltungen dürfen nur unter außerordentlich einschränkenden Bedingungen vorstatten gehen. So geschehen auf Anweisung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Harnack, der solche Veranstaltungen als politisch betrachtet, wohingegen die Schützen die ganze Pfingstwoche hindurch ungeniert ihre Umzüge machen konnten.

Kelbra

„Fort mit der Schulaufsicht der Fürsten und Pfaffen.“ Vor etwa 6 Wochen hatte die preußische Staatsregierung mittels Notverordnung dem fürstlichen Konsistorium in Roßla die Schulaufsicht im Bereich der ehemaligen Grafschaft Stolberg-Roßla entzogen. Man durfte annehmen, daß nunmehr der beschämende Zustand, daß innerhalb der deutschen Republik ein kleiner Fürst und ein von ihm abhängiger Pfaffe ein Sonderrecht hatten, wonach sie auf Grund eines fast 100jährigen Vertrages die Schulaufsicht über etwa 20 Orte ausübten, beseitigt werde. Das fürstliche Konsistorium hat jedoch gegen diese Notverordnung den Staatsgerichtshof angerufen. Während nun alle anderen Notverordnungen, trotz aller Proteste, sofort in Kraft treten, hat in diesem Falle die preußische Regierung das Inkrafttreten der Verordnung bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes ausgesetzt. Somit haben wir nach wie vor den ungeheuerlichen Zustand einer fürstlichen Schulaufsicht. Da die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nach allen bisherigen Erfahrungen gewiß zugunsten des Fürsten ausfallen wird, ist es nunmehr Sache der Arbeiterschaft, diesem unwürdigen Zustand durch einen entschlossenen Kampf bei den kommenden Elternratswahlen ein Ende zu machen. Die Sozialistische Arbeiter-Partei wird den kommenden Wahlkampf der Elternbeiräte unter der Parole: „Fort mit der Schulaufsicht der Fürsten und Pfaffen!“ führen. Eine Konferenz der Gemeindevertreter und Elternbeiräte müßte sich sofort mit diesen Fragen beschäftigen und mit den Vertretern der übrigen Orte in Verbindung treten. Das Kelbraer Einheitskomitee hat auch hier eine dankenswerte Aufgabe zu erfüllen.

Der falsche Weg. Das Reichswirtschaftsministerium hat den Antrag der Kelbraer Knopffabrikanten auf Erhöhung des Einfuhrzoll für japanische Knöpfe abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß die bestehenden Wirtschaftsverträge eine solche Maßnahme nicht zulassen. Werden die Antragsteller nun endlich einsehen, daß das jetzige Wirtschafts- und der verminderte Absatz nicht durch die Erhöhung der Zölle, sondern nur durch eine Änderung des Wirtschaftssystems beseitigt werden können?

Japan dringt weiter vor

10000 Mann nach der sowjet-russischen Grenze entsandt

TU. Charbin, 25. Mai 1932.
Das japanische Oberkommando hat 10 000 Mann aus Charbin nach Sachaljan entsandt.

Ein Transportdampfer wurde von chinesischen Truppen beschossen. Dabei sollen 15 Soldaten und Offiziere getötet und verwundet worden sein.

TU. Mukden, 25. Mai 1932.

Der Verkehr auf den westlichen und östlichen Strecken der südmandschurischen Eisenbahn ist infolge der Überfälle der chinesischen Freischärler vollkommen eingestellt worden. Lediglich die Linie von Mukden nach Port Arthur ist noch im Betrieb.

Beunruhigung in Moskau

TU Moskau (über Kowno), 25. Mai 1932.

Die Nachricht von der Verschiebung japanischer Truppen an die russisch-mandschurische Grenze ist vor Moskauer politischen Kreisen mit Beunruhigung aufgenommen worden. Amtliche Angaben sind hier über die Verschiebungen noch nicht eingetroffen. Die Sowjetregierung prüft die vorhandenen Angaben und will dann entsprechende Schritte in Tokio unternehmen. In Moskau beurteilt man die Lage in der Mandschurei als sehr gespannt.

Kämpfe bei Charbin

TU. Charbin, 25. Mai 1932

Die in der Nähe Charbins befindlichen Chinesen wurden am Mittwoch von einem japanischen Flugzeuggeschwader bombardiert und erlitten große Verluste. Bei Hulan stießen drei japanische Kolonnen und 6000 chinesische Freischärler zusammen. Nach erbittertem Kampfe wurden die Chinesen unter Zurücklassung vieler Toter und Verwundeter in die Flucht geschlagen. Die Japaner geben ihre Verluste mit einem Toten und zehn Verwundeten an.

Aufstand in Korea

TU Moskau (über Kowno), 25. Mai 1932.

Nach einer russischen Meldung aus Charbin haben die in Kirin ansässigen Koreaner sich gegen die japanischen Truppen erhoben. Die Aufständischen haben die Ortschaft Sanchaoha besetzt. Die japanischen Truppen sind unterwegs.

England als Waffenlieferant

TU. London, 26. Mai 1932

Wie auf eine Anfrage im Unterhaus amtlich mitgeteilt wurde, stellten sich die englischen Waffen- und Munitionsausfuhren nach Japan und China in den Monaten Februar, März und April wie folgt: An Japan 240 Feldgeschütze und Maschinengewehre, sechs Millionen Maschinengewehrpatronen; an China: 25 Maschinengewehre, 505 000 Maschinengewehrpatronen und 500 000 Gewehrpatronen.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931 Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

17. Fortsetzung

Eine Stunde sitzt Hans nun schon hier. Es ist schön warm. Die drei Burachen stehen plötzlich vor ihm und sehen ihn und die Stühle fragend an.

Hans beieilt sich, zu nicken. Er will eigentlich seine Ruhe, keine Menschen. Aber das sind Jungs. Vielleicht gehts denen so wie ihm. Ach, wenn sie doch auch gestohlen hätten ...

Hin und her fliegen die Worte. Die Jungen rücken zusammen und werden lebendig. Hans wird wach. Die erste Scheu ist weg. Die erste Angst abgelegt. „Natürlich, natürlich, kenn ich ...“

Ein Berliner ist dabei. Aus Lichtenberg. Ach, ... lin ...

„Aus Fürsorge getürmt ...“

Einen kleinen Augenblick ist Stille. Die Jungen sind nachdenklich. Der Schatten der Fürsorge huscht durch die kleine Stube. Das sind alles Jungen, die ihre Freiheit mit Klauen und Nägeln verteidigen.

Zwei Hamburger und ein Berliner und Hans sind jetzt eine Gemeinschaft. „Duftete Schale“ sieht ihn der Berliner nachdenklich an.

Willste se nicht abstoßen ...?

Wie denn ... abstoßen?

Na so, vakooßen ...

Pinke, Pinke und nen ollen Anzug.

Das neue japanische Kabinett

TU. Tokio, 26. Mai.

Admiral Saito hat die Bildung eines nationalen japanischen Kabinetts vollendet, mit dessen Bestätigung durch den Kaiser im Laufe des Donnerstags gerechnet wird. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Minister und Aeußeres: Admiral Saito; Inneres: Baron Yamamoto; Krieg: General Hayashi; Finanzen: Takahashi; Marine: Admiral Okada; Justiz: Koyama; Erziehung: Hatoyama; Ackerbau und Landwirtschaft: Goto; Verkehr: Minami; Uebersseeangelegenheiten: Nagai; Handel und Industrie: Baron Nakajima; Eisenbahnen: Mitsuchi.

Wie verlautet, übernimmt Saito das Außenministerium nur zeitweilig. Mit Ausnahme des Finanz- und Erziehungsministers, die vom früheren Kabinett herübergenommen wurden, sind alle Posten mit neuen Männern besetzt.

15 Verletzte in Hamburg

Nachdem sich schon am Mittwoch in Hamburg einige Zusammenstöße zwischen Erwerbslosen und Polizisten ereignet hatten, kam es am Donnerstag zu ähnlichen Vorfällen, wobei die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte und 15 Personen verletzte.

Die Polizeibehörde gibt folgenden amtlichen Bericht über die Vorfälle heraus:

„Heute nachmittag gegen 13 Uhr versuchten Kommunisten am Sägerplatz zu demonstrieren, um in die innere Stadt zu gelangen. Ordnungspolizisten schritten ein und drängten die Demonstrierenden in Richtung Michaelisbrücke ab. Plötzlich wurden auf Beamte aus Revolvern Schüsse abgegeben. Ein Ordnungspolizist brach, durch zwei Brustschüsse und einen Schenkelschuß getroffen, schwer verletzt zusammen. Die Ordnungspolizisten machten nunmehr auch von ihrer Waffe Gebrauch. Einer der Angreifer, welcher auf

Harte Strafen gegen Kommunisten

Altona, 26. Mai 1932.

Das Altonaer Schwurgericht verkündete am Donnerstag vormittag um 10.15 Uhr in dem Prozeß wegen des kommunistischen Feuerüberfalls auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in der Erzbergerstraße, folgendes Urteil:

Es werden verurteilt die Angeklagten Böhlefeld wegen Anstiftung des versuchten Totschlags zu zwei Jahren Gefängnis; Masanowski wegen versuchten Totschlags zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis; Lorek und Meesch wegen desselben Verbrechens zu einem Jahr bzw. einem Jahr zwei Monaten Gefängnis.

In der Begründung des Urteils heißt es

u. a.: Nach Ansicht des Gerichts habe es sich nicht um eine harmlose Patrouille, sondern um versuchten Totschlag gehandelt. Die Angeklagten hätten genau gewußt, was geschehen sollte, sie hätten sich in der Menge befunden, aus der heraus die Schüsse gefallen seien. Daher müßten sie als Mittäter angesehen werden. Ob alle Schüsse planmäßig abgefeuert worden seien, erscheine zweifelhaft. Vielleicht sei blindlings darauf losgeschossen worden, so daß die Ueberlegung fehlte und versuchter Mord nicht in Frage komme. Der Angeklagte Böhlefeld habe die Sache eingefädelt und gelte deshalb als Anstifter zum versuchten Totschlag. Den Angeklagten wurde zugute gehalten, daß sie über die Tötung ihres Hamburger Parteigenossen Henning sehr erregt waren. Deshalb wurden ihnen mildernde Umstände zugerechnet. Allen Angeklagten wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Lorek wurde aus der Haft entlassen.

flackerte einen durchlöchernten Fußboden; in der Ecke lagen alte Säcke oder Lumpen. Es roch nach Fäulnis und Feuchtigkeit. „Wo denn“, sagte Hans und erschrak selbst über seine dumme Frage.

„Warte man, Kindchen, Bettchen kommt gleich. Vata nimmt Dir gleich“, tröstete Orje. Einer neben dem andern, eng gepackt, Lumpen über den Knien und Füßen, lagen die vier. Hans klapperte mit den Zähnen und hatte nur die eine Angst, es die andern nicht merken zu lassen.

Auch über diesen Stall stand ein großer strahlender Sternenhimmel. Eine wundervolle klare und ruhige Nacht. Frühling lag in der Luft. Vom Wasser her war es feucht. Kälte kam aus dem Boden. Mäuse oder Ratten raschelten. Es wurde nicht mehr gesprochen. Auch der Berliner war still. Zwei schnarchten.

Hans war wach. Seine Füße schmerzten ihn noch immer. Er zählte die Atemzüge der Schlafenden. Nun schien auch der Dritte eingeschlafen zu sein. Das schnaufte ruhig und lebendig durcheinander.

Ganz langsam starben Hans die Glieder ab. Die Kälte kam von den Füßen. Der Rücken schmerzte ihn. Er wollte sich gern auf die andere Seite legen und wagte es nicht, um nicht die Kameraden zu stören.

Die Nacht ging nicht herum. Von draußen kam nicht ein Laut herein. Kein Hund bellte. Niemand ging über den Hof, alles blieb tot, schwer und stumm.

Das Herz machte poch und poch, und in den Schläfen antwortete es zuck und zuck.

Die Friedrichstraße ist endlos und kalt. Hans marschierte und tappte. Links Häuser, rechts Häuser. Fenster glotzten, Hausflure glotzten. Gitter vor den Fenstern. Die Straße scheint ohne Ende. Niemals kommt man hin.

Hans, hast du Geld ... Da stehen Mädchen. Die lachen ihn an. Aber dann sind es nicht Mädchen, dann ist es plötzlich seine

Die Kandidaten der SAP zur Mecklenburger Landtagswahl

1. Richard Kiel, Schlosser, Schwerin i. M.,
2. Karl Korupp, Reichsbahnassistent, Schwerin i. M.,
3. Karl Mahneke, Arbeiter, Grabow i. M.,
4. Minna Grund, Kriegshinterbliebene,
5. Karl Puttkammer, Schlosser, Waren-Müritz,
6. Emil Winkler, Metallarbeiter,
7. Paul Siggelkow, Zimmerer,
8. Wilhelm Berner, Musiker.

Kampf um ein Goldbergwerk

TU. New York, 25. Mai 1932.

Wie aus Bluefields in Nicaragua gemeldet wird, griff eine starke Gruppe nikaraguanischer Freiheitskämpfer das in amerikanischem Besitz befindliche Goldbergwerk „Neptun“ an. Amerikanische Flugzeuge bombardierten die Angreifer. Nach eintägigem Kampf konnte Nationalgarde die Angreifer zurückschlagen, die 17 Tote zurückließen.

Klemkes Mörder ermittelt?

Im „Erleneck“-Prozeß gab es in der gestrigen Sitzung eine neue Ueberraschung. Rechtsanwalt Litten beantragte die Unterbrechung der Sitzung und teilte dem Schwurgericht mit, daß es der „Roten Hilfe“ gelungen sei, den mutmaßlichen Mörder des Arbeiters Klemke, der, am Boden liegend, aus nächster Nähe erschossen worden war, zu ermitteln. Die Verteidigung habe zunächst mit der Bekanntgabe des betreffenden warten wollen, bis der Mann, der im Prozeß als Zeuge geladen ist, vernommen worden sei. Inzwischen sei aber der angeklagte Nationalsozialist Schwarz, der schon aus dem Untersuchungsgesängnis an seine Frau ein Kasalber geschmuggelt habe, aus der Haft entlassen worden, so daß eine Verdunkelungsgefahr von Schwarz bestehe. Um den Täter nicht zu warnen, könne er den Namen nicht in öffentlicher Sitzung nennen.

Das Schwurgericht unterbrach sofort die Sitzung, und Rechtsanwalt Litten teilte dem Staatsanwalt den Namen des betreffenden Nationalsozialisten mit, damit die Staatsanwaltschaft die nötigen Schritte unternehmen könne.

Nach einer längeren Pause teilte Staatsanwaltschaftsrat Steng mit, daß die Staatsanwaltschaft die erforderlichen Ermittlungen zur Festnahme des von der Verteidigung benannten Mittäters eingeleitet habe.

Da die Staatsanwaltschaft und das Gericht eine weitere Aussetzung der Verhandlung für nicht erforderlich hielten, wurde die Beweisaufnahme mit der Vernehmung der Polizeibeamten fortgesetzt.

Reichsorgan des Spartakusbundes verboten

Die gefährlichen Marx- und Liebknecht-Zitate

Folgende Sätze, darunter zwei Zitate von Karl Marx und Karl Liebknecht, führten zum Verbot der Zeitschrift „Spartakus“ (herausgegeben von Pfemfert) auf ein Vierteljahr!

Karl Marx: „Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffe nicht ersetzen. Die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“ — Karl Liebknecht: Spartakus, das ist Feuer und Geist und wird euch mit seiner Lava begraben. Die Geschichte verlangt von der Arbeiterklasse den Sturz des Kapitalismus und die Aufrichtung der kommunistischen Bedarfswirtschaft durch die proletarische Revolution. Alle Macht den revolutionären Räten, ist die Parole von Spartakus.“

Das Verbot der Zeitschrift „Spartakus“ für die Wiedergabe von klassischen Zitaten der revolutionären Literatur ist ein ganz ungewöhnlicher Skandal. Es steht einzigartig da, selbst in der berichtigten Notwendungspraxis der Willkürherrschaft, die über die Arbeiterpresse in Deutschland verhängt ist.

Mutter. Sie sieht ihn an. Wie sie ihn ansieht! Sie hat breite, harte Hände. Ach, Mutter, wenn du mich doch früher mal so angesehen hättest! ... Ach, Mutter, ich habe nie deine Hände gesehen. Wo waren denn deine Augen? ... Ich habe ja nie deine Augen gesehen.

Herr Leukel geht vorüber. Hans, stell dich in diesen Hausflur. Da steht schon ein Pärchen. Zwei Schupo kommen vorüber und dahinter steht die Mutter. Sie sieht ihn nach und geht weiter, immer weiter ... Da ist die Mutter verschwunden. Da steht das Rad von Schickler, Haushaltartikel, Glas und Porzellan.

Hans, lauf, renne, das Rad kommt, das Rad saust ... schneller ...

Zwischen Dunkelheit und Morgendämmerung merkt Hans, der er doch eingeschlafen war.

Irgendein Geräusch hat ihn geweckt, tapende Schritte kamen heran, neben ihm ...

„Jungs, raus“, flüsterte Orje, vor ihm. Der eine Hamburger hat stiege gemacht. Die Luft war rein. Nur raus, ehe jemand kommt. Hans, du hast ja geträumt. Was geht dich das Rad von Schickler an. Deine Mutter? Das ist doch nicht deine Mutter ... Das ist Frau Schulze aus Berlin. Du bist doch jetzt Hermann Hennig aus Altona.

Hans friert. Der Kopf ist heiß. Hans fühlt, daß er den Weg jetzt nicht mehr zurückgehen kann. Jetzt gibt es kein „Da hinten“ mehr, nur noch ein „Da vorn“. Jetzt ist schon alles einerlei. Los ... los ...

Wie aufgezogen tappt Hans hinter den andern her. Die werden ihm schon sagen, wohin er gehen und was er tun muß. In dieser andern Welt findet er sich noch nicht zurecht. Er ist ja jetzt Verbrecher. Es gibt keinen Weg mehr zu dem Arbeitsburschen Hans Schulze, zu Schickler, zur Mutter und zu Herrn Leukel. Ach Mutter ... es gibt keinen Weg mehr.

Niemand sieht ihn an. Es achtet kein Mensch auf sie ...

Eine falsche Beamtenpolitik

Herunter mit den Riesengehältern auf höchstens 6000 Mark

Der „Abend-Vorwärts“ vom 25. Mai berichtet unter der Überschrift „Beamtenbetze bei Hitler“ über einen Antrag der Nazis im Landtag von Mecklenburg-Strelitz. In dem Naziantrag wird verlangt, daß vom 1. Juli ab alle Grundgehälter, Stellenzulagen und Wohnungszuschüsse der plumpstimmigen Beamten des Staates und der Gemeinden, soweit sie den Betrag von 5000 Mark übersteigen, erheblich gekürzt werden sollen. Die Stellenzulagen sollen nach dem Naziantrag ganz fortfallen, die Grundgehälter und Wohnungszuschüsse werden zwischen fünf und zehn Prozent gekürzt.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Die Nazis haben einen großen Teil der letzten Wahlkampagnen mit Angriffen gegen die Reichsregierung wegen der Herabsetzung der Beamtengelder bestritten. Mit diesem Antrag haben die Nazidemagogen wieder einmal ihren wahren Charakter offenbart und gezeigt, wie ihre Theorie und Praxis gegeneinanderstehen.“

Der „Vorwärts“ beweist hier nur, wie falsch die SPD-Beamtenpolitik ist, und wie man die Nazis nicht bekämpfen kann. Wenn auch kein Zweifel darüber besteht, daß die ganze Nazipolitik auch gegenüber den Beamten auf Demagogie beruht, und daß sie, wie Frick in Thüringen bewiesen hat, trotz ihrem Geschrei gegen die hohen Gehälter der oberen Beamten, sehr wohl verstehen, sich für ihre Hauptlinge Riesengehälter zu sichern. Ihr Antrag in Mecklenburg-Strelitz ist aber ausnahmsweise richtig. Sie verlangen Abbau der Zuschüsse und bei Gehältern über 5000 Mark. Wir stehen auf dem Standpunkt — und haben das auch in unserem Aktionsprogramm zum Ausdruck gebracht, daß überhaupt keine Gehälter von mehr als 6000 Mark gezahlt, d. h. die jetzigen hohen Gehälter auf diesen Satz herabgesetzt werden.

Wenn die Nazis — gewiß aus demagogischen Gründen — in ihrem Antrag in dieser Richtung vorstoßen, so werden sie damit bei der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung Beifall finden. Nicht die Nazis, sondern die proletarischen Parteien, also auch die SPD, müßten diese Anträge stellen. Es ist doch einfach unerträglich, daß den Millionen von Erwerbslosen von ihren 6 bis 15 Mark Unterstützung pro Woche noch abgezogen wird, daß den unteren Angestellten und Beamten von ihren Gehältern von 80, 100 und 200 Mark ungeheuerliche Abzüge gemacht werden, während auf der andern Seite von Staat und Kommunen noch Monatsgehälter und Pensionen von 1000 bis 4000 Mark und dazu noch viele

Tausende Wohnungs- und Aufwands-Entschädigung bezahlt werden. Wenn die SPD diesen Skandal noch verteidigt, wenn sie kein Verständnis dafür hat, daß Millionen von hungernden Proletariern darüber aufs äußerste empört und verbittert sind, dann treibt sie die Massen den Nazis in die Arme. Darum: Weg mit den Riesengehältern! Mit 500 Mark im Monat kann und muß auch ein Minister auskommen.

Die „Schlichtung“ droht beim Streik in den Wurstfabriken

Der Streik in den Berliner Fleischwarenfabriken wird mit Geschlossenheit und steigendem Erfolg durchgeführt. Trotz aller Bemühungen der Unternehmer gibt es in den entscheidenden Großbetrieben keine Streikbrecher. Fast die Hälfte der Unternehmer hat schon vor dem Streik kapitulieren müssen. Es wurde dort der bisherige Lohn tariflich bis Oktober festgelegt.

Nun soll der Schlichter die endgültige Niederlage der Unternehmer verhüten. Auf ihren Antrag finden Donnerstag Verhandlungen zwecks Verbindlichkeitsklärung des Abbauschiedsspruches statt. Selbst wenn der Schlichter es wagen sollte, den elenden Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, dürfen das die Arbeiter unter keinen Umständen anerkennen. Keinen Pfennig Lohnabzug, sonst keine Arbeitsaufnahme.

Auch der AFA-Bund protestiert

Die im AFA-Bund vereinigten Behördenangestelltenverbände — Butab, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten und Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs — haben angesichts der schon durch die Notverordnungen eingetretenen übermäßigen Minderung der Einkommen der Behördenangestellten in Reich, Ländern und Gemeinden gegen eine weitere Belastung in dringenden Eingaben an Reichskanzler und Reichsfinanzminister Protest erhoben.

Wie wertlos derartige Petitionsbettel bei der Regierung ist, haben wir anlässlich eines vor kurzem erfolgten ähnlichen Vorgehens der bürgerlichen Beamten- und Angestelltenverbände dargelegt. Schluß mit der Bettel!

Verbandstag der Buchbinder

Am Montag begann in Leipzig der Verbandstag des Buchbinder- und Papierarbeiter-Verbandes. Um es gleich vorwegzunehmen, ein Verbandstag, wie so viele der letzten Jahre. Ein Verbandstag der Hoffnungs- und Ausweglosigkeit. Keine konkreten Lösungen von seiten der Verbandsleitung, mit denen die Delegierten ins Land gehen könnten. Keine scharfe Kampfanlage der Verbandsleitung an die Regierung Brüning. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Hauzeisen war derartig laft- und kraftlos, daß selbst sonst gute Funktionäre scharfe Worte gegen den Verbandsvorstand und ein festes Auftreten gegen das Unternehmertum forderten.

Im allgemeinen befehligten sich aber die Delegierten einer sehr angemessenen Sprache. Nur Luise Krzymin, Berlin, und Osterrieder, München, zeigten die verheerende Wirkung der Notverordnungs politik auf das Gewerkschaftsleben und forderten vom Verbandsvorstand und vom ADGB eine Aenderung ihrer Stellung gegenüber der Regierung. Osterrieder, München, nimmt Stellung gegen das Schlichtungswesen und zeigt die Nachteile für die Arbeiterschaft auf.

Das Schlußwort Hauzeisens brachte denn auch keine Überraschungen. Verteidigung des bisherigen Kurses. Für freiwilligen Arbeitsdienst, da er für Teile der Arbeiterschaft eine Wohltat bedeute (!!). In demselben Atemzug mußte er aber zugeben, daß die Arbeitsdienstpflicht eine schwere Gefahr, besonders für die Lohnpolitik des Baugewerks-Bundes bedeute. Aber was kümmert schließlich den Buchbinder-Verband die Angelegenheit der Bauarbeiter. Die Anregung eines Delegierten, bei Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche den gesetzlichen Einstellungszwang zu fordern, ging dem Verbandsvorsitzenden schon zu weit.

In Kassenbericht erfuhren die Delegierten, daß im 2. Quartal bis Mitte Mai des Jahres ein Defizit von 218 000 M. vorhanden ist. Flüssige Gelder sind nicht vorhanden und man versucht auf dem Wege der Kreditbeschaffung seinen Verpflichtungen nachzukommen. 1 1/2 Millionen Mark sind investiert und damit der Verbandskasse nicht verfügbar. Es zeugt nicht gerade von genialem Weitblick des Hauptvorstandes, wenn er 1930, also schon mitten in der Krise 1 Million Mark in Hypotheken steckt. Die Folgen bekommen jetzt die Mitglieder zu spüren. Man fordert von seiten des Hauptvorstandes

Kürzung der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung.

In der Unterstützungsfrage nahm auch Spliedt vom ADGB das Wort und fordert

„volle Kampffähigkeit“ der Gewerkschaften. Das klingt aus dem Munde eines ADGB-Führers sehr komisch und die Delegierten merkten sehr wohl, daß Spliedts Rede „von den Gewerkschaften als Kampforganisation“ nur zur Schmackhaftmachung des Unterstützungsabbaues diene. Waren es nicht gerade die Spitzen vom ADGB, die eifrig die Unterstützungseinrichtungen propagierten, um dem Staat helfend zur Seite zu stehen? Hauzeisen mahnt zur äußersten Realität und mit einem spießbürgerlichen Seufzer: „Wenn die Zeiten wieder besser werden, dann würde es auch wieder besser gehen“, überläßt er die Delegierten ihrem Schicksal. Alle Anträge und Neuregelungsvorschläge werden einer Kommission überwiesen.

Der vierte Tagesordnungspunkt „Tarif- und Lohnpolitik“ findet in geschlossener Sitzung seine Erledigung.

Der Mittwoch nimmt die Beratung der Abänderungsanträge zum Statut in Anspruch.

Der Beirat muß verschwinden.

Das war der Kriegsruf des Verbandsvorstandes und vieler Angestellter. Der Beirat ist gewissermaßen eine Revolutionsregierung der Mitglieder. 1919 wurde er geboren. Zwei Drittel der Beiratsmitglieder müssen im Betrieb tätige Kollegen sein. Das ist dem Verbandsvorstand nicht mehr „zeitgemäß“. Kontrolle durch die Betriebsarbeiter in Zeiten der Notverordnungs? Weg damit! Was versteht schon so ein Betriebsprolet von Verbandsgeschäften. 4 Jahre hat der Verbandsvorstand den Beirat nicht zusammengerufen. Die Sprache der Delegierten, vor allem der im Betrieb stehenden, zu dem diktatorischen Verhalten des Verbandsvorstandes war denn auch eine sehr harte. Oswald, Hannover, Schabacker, Leipzig, Konrad, Hamburg, Müller, Leipzig, fielen hierbei angenehm auf. Müller, Leipzig, verlangte nun endgültig Schluß mit den staatspolitischen Rücksichten. Abbau der Demokratie im eigenen Lager wäre ein warnendes Zeichen. Der Verbandsvorstand solle einmal in den Betrieb gehen, wie es unter der Mitgliedschaft aussehe. Der zu dieser Frage eingesetzte Ausschuß trat für Abschaffung des Beirates ein. Kein Wunder, in diesem Ausschuß saßen sechs Angestellte und ein Betriebsarbeiter.

Mit 52 gegen 43 Stimmen lehnte der Verbandstag den Vorschlag des Ausschusses ab.

Der Ausschuß tritt erneut zusammen um einen anderen Ausweg zu suchen. (Schlußbericht folgt.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Döckert, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel-Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterschaft erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 8 7 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 8 7 2905.

Staats-Theater
Oper u. d. Linden
Freitag, 27. Mai
7.30 Uhr
Carmen

Volkshühne
Theat. u. Bühnen
31 Norden 2941
Freitag, 27. Mai
8 1/2 Uhr
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Freitag, 27. Mai
8.30 Uhr
Weekend im Paradies

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Freitag, 27. Mai
8 Uhr
Der Liebestrank

Schillertheater
Harlemer Weg, Silesienstraße
Freitag, 27. Mai
8 Uhr
Abschied von der Liebe

Werbt für die SAZ

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
und
Man braucht kein Geld

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Mädchen zum Heiraten
und
5 von der Jazzband

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Willy Forst, Alice Kreß in
Peter Voss, der Millionendieb
Eine tolle amüsante Fahrt um den Erdball
und
Ich heirate meinen Mann
mit Trude Berliner und Szöke Szakall
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Riesen-Schlager!
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
dazu,
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga Brink,
Harry Hardt

Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellenstraße
Ben Hur
(in Tonfassung)
dazu:
Das erstklassige Beiprogramm
Jugendliche haben Zutritt

Inserieren bringt Gewinn!

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seltene Güter, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75, Stiefel 3,75, neue
Schlafdecken 0,95, 1,65, Monturjacken
und Hosen 1,10, Militärunterhosen und
Hemden 0,75 M., Laufschuhe 0,90 M.,
neue Arbeitshosen, englisch Leder,
3,80 M., neue Schnürschuhe Militärart
Vollleder (kein Spaltleder) 4,90 M.,
neue Militärschuhe, Ledersohle
1,30 M., Militär-Drelljacken 1,10,
Hosen 1,10, in Windjacken 4,85, moderne
Kleiderwesten 4,90, neue in
Reinwollstoffen 0,75, reinwollene
Pullover 2,90, Trainingsanzüge 4,90,
in Polobemden, lange Ärmel 1,95 M.,
Alles zum Ausschauen. Militärröcke für
Arbeitszwecke 2,80 M., neue Hosen,
gebrauchte Hosen 2,50 M., in Manchester-
hosen 5,75, in Körperharchent-
Arbeitshemden 1,95, in Sporthemden,
fester Kragen, mit Krawatte 2,90, Zeit-
bahnen, Zeite, Wanderartikel, Rucksäcke,
neue Lederjacken, Schlosser-
hemden, Packerblusen, Arbeitsmittel,
Breecheshosen 4,90. Besichtigen Sie
mein Lager ohne Kaufzwang. Versand
nach außerhalb gegen Nachnahme. Um-
tausch gestattet. Einzelverkauf. Siegmund
Schwarz, Bekleidungsversand 3,
Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wed-
ding, Lindower Straße 18/19.

Subskriptions-Einladung
Demnächst erscheint
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Inhalt: I. Teil: Der Weltkapitalismus der Vorkriegszeit / Der deutsche Kapitalismus der Vorkriegszeit / Der Niedergang des Weltkapitalismus.
II. Teil: Der deutsche Kapitalismus nach Krieg und Inflation / Der deutsche Kapitalismus in der Zeit der relativen Stabilisierung / Der deutsche Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise
III. Teil: Reformismus / Faschismus / Die Aufgaben der Arbeiterklasse
ca. 380 Seiten
Subskriptionspreis Mk. 4.50
Buchhandelspreis voraussichtl. Mk. 7.50
Der Autor gibt auf Grund der marxistischen Analyse der weltwirtschaftlichen und welt-politischen Lage ein klares Bild vom Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems und den Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat.
Die Marxistische Büchergemeinde fordert hiermit die Genossen auf, ihre Bestellung umgehend einzusenden. Vorausgesetzt, daß die erforderliche Mindestzahl von Bestellungen bis zum 15. Juni eingeht, kann die marxistische Büchergemeinde das überaus wertvolle Werk zu diesen günstigen Preisen abgeben.
Bestellungen sind zu richten an die
Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin O 27, Magazinstr. 15-16 Postcheckk.: Berlin Nr. 1512 61

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am
Potsdamer Platz B. Kurf. 2334
Ab Freitag, 27. Mai:
Heinz Rühmann, Dolly Haas,
Fritz Grünbaum in der lustigen
Tonfilmoperette:
Es wird schon wieder besser
Ufa-Tonwunderschau und das
große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 u. M.
tägl. ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
Platz. Tag- u. Nachtkino Berlin

MILIA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Aufmarsch Ihrer Prominenten-Lieblinge
in dem Doppelprogramm der aktuellen
Zeitsatire
Hasenklein kann nichts dafür
mit Jakob Tiedke, Lien Deyers, Joh.
Riemann, Senta Söneland, Hans Brause-
weiler, Albert Paullig, Jul. Falkenstein,
Paul Westermeyer
dazu: Werner Fuetterer
Die 4 vom Bob 13
mit Hans Junkermann, Peter Voss
Jugendliche haben Zutritt.

Westfalen
Schubreparatur-Preise
erorm gesenkt
Laubrunn, Rocham-Linden

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
2 Riesen-Schlager:
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
und
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga
Brink, Harry Hardt.
Anfangszeit Sonntag: 3, 5, 7, 9 Uhr

In der Nähe der Volkshühne ist eine möblierte
3 1/2 Zimmer-Wohnung
mit Bad und Telefon bzw. einzelne
Zimmer mit Küchenbenutzung für kurze oder
längere Zeit zum Preis der leeren Räume
sofort von Parteigenossen zu vermieten. Off.
an den Verlag dieses Blattes.

Lest den Klassenkampf

Das Kampfsignal heute neu!